



Dr. Volker Wissing
Generalsekretär der FDP



Sehr geehrter Herr Mann,

haben Sie vielen Dank für die Übermittlung Ihrer Wahlprüfsteine anlässlich der Bundestagswahl 2021.

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten und nehmen zu Ihren Fragen beziehungsweise Forderungen gerne Stellung.

Im Folgenden übermittle ich Ihnen im Namen der Freien Demokraten unsere Antworten:

Das BKartA hat in der Sektoruntersuchung Milch bereits 2012 ein starkes Marktgefälle zu Ungunsten der Erzeuger gegenüber den Molkereien festgestellt. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, die Marktstellung der Landwirtschaft gegenüber dem Sekundärsektor deutlich und nachhaltig zu verbessern?

Wir Freie Demokraten wollen die Position der Erzeuger durch die Abkehr von einer Agrarpolitik, die von zusätzlicher Regulierung und bürokratischen Belastungen geprägt ist, grundsätzlich stärken. Jeder Versuch, belastende und wenig ergebnisorientierte Auflagen für die Landwirtschaft, die oftmals höhere Produktionskosten auf Betriebsebene bedeuten, durch staatliche Eingriffe wie Ausgleichszahlungen kompensieren zu wollen, wird mittel- bis langfristig scheitern.

Wir wollen zudem die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle stärken, um ein Level-playing-field für alle Marktteilnehmer zu schaffen. Des Weiteren gehören einige Regelungen im deutschen Genossenschaftsrecht dahingehend auf den Prüfstand, ob sie marktwirtschaftlichen Lieferbeziehungen zwischen Erzeugern und Molkereien im Wege stehen (s. auch Antwort auf Frage 2).

Mehr als 2/3 der dt. Milch wird von Genossenschaften verarbeitet. Vor allem dort ist vom BKartA ein sehr schwaches Interesse an höheren Erlösen für Milchprodukte bestätigt worden. Wird Ihre Partei eine Reform des

Genossenschaftsrechts angehen, um die Marktmacht in diesem Bereich auszutarieren?

Wir Freie Demokraten sehen eine ordnungspolitische Verantwortung des Gesetzgebers dafür, den marktwirtschaftlichen und mengenregulierenden Preismechanismus in der gesamten Wertschöpfungskette funktionsfähiger zu machen. Nicht zuletzt das Bundeskartellamt hat diesbezüglich eine ganze Reihe von Problemen aufgezeigt, die sich unter anderem aus den starren genossenschaftsrechtlichen Lieferbeziehungen (Kombination aus Andienungs- und Abnahmepflicht), überzogenen Kündigungsfristen und einer problematischen Konzentration von Verhandlungsmacht im Lebensmitteleinzelhandel ergeben.

Unserer Ansicht nach gehören einige Regelungen im deutschen Genossenschaftsrecht daher dahingehend auf den Prüfstand, ob sie marktwirtschaftlichen Lieferbeziehungen zwischen Erzeugern und Molkereien im Wege stehen. Zeitlich befristete Liefervereinbarungen über Menge, Qualität und Festpreis könnten zum Beispiel ein Modell sein, das den Erzeugern ebenfalls ein hohes Maß an Absicherung bietet, den Molkereien aber womöglich zugleich eine vermarktungsgerechtere und preisstabilere Angebotssteuerung ermöglichen würde als das bisherige Geflecht aus Andienungs- und Abnahmepflicht. Insofern sind gesetzgeberische Möglichkeiten im Rahmen des Art. 148 der Gemeinsamen Marktorganisation (GMO), Verordnung (EU) Nr. 1308/2013, zu prüfen. Der Milchsektor braucht mehr Wettbewerb und nicht weniger.

Die Unterdeckung der Milcherzeugungskosten beläuft sich seit vielen Jahren in Größenordnung von rund 30%. Welche Überlegungen verfolgt Ihre Partei, um die und nachhaltig zu verbessern?

Wir Freie Demokraten sehen die vielschichtigen Probleme der zunehmenden Kostenunterdeckung in der Milcherzeugung in Deutschland. Eine wesentliche Ursache liegt unserer Ansicht nach in der durch stetig wachsende Auflagen und Regulierung induzierten Kostensteigerung für die Landwirte - von steigenden Energiepreisen bis steigenden Lohn- und Futterkosten. Dem wollen wir Freie Demokraten praxisnahe und ergebnisorientierte Politik, insbesondere bei Klimaschutz und Tierwohl, entgegensetzen und somit die Situation der Milcherzeuger verbessern. Wir sehen die Schwierigkeiten der mangels Anerkennung der Grünlandbewirtschaftung in der aktuell diskutierten Ausgestaltung der Eco Schemes bei der GAP-Novelle. Wir werden gemeinsam mit der Branche praxistaugliche Regelungen anstreben. Die Klimaschutzleistung des Grünlandes wollen wir marktwirtschaftliche

honorieren und die Inwertsetzung der CO₂-Bindungsleistung der Flächen vorantreiben.

Wird sich Ihre Partei für die Definition der Milchviehalter/Landwirtschaft als eigene Branche innerhalb der Wertschöpfungskette – wie von uns in der BDM-Sektorstrategie 2030 vorgeschlagen - für alle landwirtschaftlichen Produktionsbereiche einsetzen?

Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass Branchenorganisationen, die sich mit einer Verbesserung der Markttransparenz oder mit der Entwicklung marktkonformer Lieferbeziehungen befassen, für den Milchsektor durchaus von Nutzen sein können. Zentral bei der Ausgestaltung ist dabei für uns, dass sie mehr Wettbewerb auf dem Milchmarkt nicht entgegenstehen.

Das EU-Parlament hat sich für die Erweiterung des Sicherheitsnetzes für EU-Agrarmärkte um mengenbegrenzende Instrumente im Marktkrisenfall ausgesprochen und in den Trilogverhandlungen damit durchgesetzt. Unterstützt Ihre Partei diese Entwicklung zur Marktkrisenprävention?

Wir Freie Demokraten lehnen staatliche und zentralverwaltungswirtschaftliche Mengenregulierungen sowie mengenbegrenzende Instrumente am Milchmarkt ab. Stattdessen stehen wir für eine liberale Ordnungspolitik, die im Milchsektor endlich grundlegende Hürden für eine marktwirtschaftliche Mengenregulierung durch den Preismechanismus beseitigt und wettbewerbsverzerrenden Konzentrationen von Marktmacht in der gesamten Wertschöpfungskette Grenzen setzt.

Wir fordern daher, auf eine Anwendung des Art. 148 GMO hinzuwirken, um den milcherzeugenden Betrieben Verlässlichkeit hinsichtlich der Milchvermarktung zu bieten und die Milchpreisabsicherung seitens der verarbeitenden Unternehmen anzureizen. Wir fordern grundsätzlich mehr Mut zur Marktwirtschaft.

Seit Jahrzehnten ist die Europäische Agrarpolitik geprägt von der Zielsetzung, internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen und Agrarprodukte zu exportieren. Wie bewertet Ihre Partei diese Zielsetzung?

Nur wenn die nachhaltige Milcherzeugung im EU-Binnenmarkt wettbewerbsfähig ist, kann dieser Wirtschaftszweig nachhaltig gestärkt werden. Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland international zum Fürsprecher des regelbasierten und fairen Freihandels wird, denn dieser schafft beidseitig Möglichkeiten für Wachstum, Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung. Voraussetzung, vor allem im

internationalen Agrarhandel, ist allerdings, dass gleiche Umwelt- und Qualitätsstandards für die Handelspartner gelten, denn unterschiedliche Standards bei Produktion und Qualität führen zu einseitigen Produktionsverlagerungen.

Wir wollen ein Update für die EU-Agrarpolitik. Dass einzelne Staaten wieder gekoppelte Zahlungen ermöglichen, ist ein Rückschritt und mit einer modernen, zukunftssicheren Agrarproduktion nicht vereinbar. Landwirte müssen grundsätzlich unabhängig von den Agrarzahlungen werden. Wir wollen deshalb die flächengebundenen Direktzahlungen über einen verlässlichen Zeitraum planbar und sukzessive abbauen und hin zu einer echten Innovations- und Investitionsförderung.

Die Bundesregierung muss innerhalb Europas und der Welt protektionistischen Tendenzen entgegentreten und eine aktive Führungsrolle bei Handelsverträgen, Investitionsabkommen und fairen Investitionsbedingungen einnehmen. Zugleich muss sie die institutionelle Verankerung einer regelbasierten Freihandelsordnung vorantreiben. Dabei wollen wir in der EU und weltweit gegen Marktverzerrungen vorgehen, die zum Beispiel durch stark subventionierte Staatsunternehmen entstehen. Wir setzen uns zudem für den Grundsatz der Reziprozität ein, wonach Unternehmen nur dann Zugang zum europäischen Markt haben sollten, wenn das umgekehrt auch der Fall ist.

Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat den Umbau der Landwirtschaft hin zu mehr Klimaschutz, Artenvielfalt und Tierwohl beschlossen, der von der Gesellschaft mitgetragen und finanziert werden soll. Unterstützt Ihre Partei die Forderungen der ZKL und wo sehen Sie konkrete Umsetzungspunkte?

Wir Freie Demokraten wollen mit Innovationen und moderner Agrarpolitik Antworten auf globale Herausforderungen unserer Zeit finden: Klimawandel, Schutz natürlicher Lebensgrundlagen, Sicherstellung der Welternährung und die Endlichkeit fossiler Rohstoffe sowie mehr Tierwohl. Wir sehen im Bericht der Zukunftskommission Landwirtschaft eine enorme Weichenstellung für die nächste Legislaturperiode. Hinsichtlich der Finanzierung sind wir der Auffassung, dass die GAP ein grundsätzliches Update benötigt. Wir wollen weg von flächengebundenen Direktzahlungen und hin zu einer zukunftssichernden Innovations- und Investitionsförderung.

Den Umbau der Nutztierhaltung wollen wir gemeinsam mit den Landwirten mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreichen. Landwirte müssen ganz grundlegend in die Lage versetzt werden, die mit höheren Standards beim Tierwohl verbundenen Mehrkosten über den Markt erwirtschaften zu können.

Statt immer weitergehenden ordnungsrechtlichen Auflagen brauchen Landwirte zunächst verlässliche Rahmenbedingungen. Nur so können notwendige Investitionsentscheidungen im Stallumbau oder -neubau für mehr Tierwohl langfristig planbar sein. Widersprüche zwischen Tierwohl und Immissionsschutz wollen wir über eine Novelle des Baurechts auflösen. Um die Produktionsbedingungen in der Tierhaltung im gesamten EU-Binnenmarkt mit vielfältigen Warenströmen vergleichbar darzustellen, fordern wir ein europaweit einheitliches, verbindliches Tierwohlkennzeichen.

Die Borchert-Kommission hat Ihren Abschlussbericht zur Zukunft der Tierhaltung vorgelegt. Hält Ihre Partei die dort festgelegten Änderungen und deren finanzielle Ausstattung für ausreichend?

Wir halten es für wichtig, dass die sogenannte Borchert-Kommission zunächst den Finanzbedarf für einen Umbau der Tierhaltung zu mehr Tierwohl beziffert hat. Eine Finanzierung über eine zusätzliche Belastung der Verbraucher in Form von zusätzlichen Steuern oder Steuererhöhungen lehnen wir jedoch klar ab. Der Umbau der Tierhaltung muss marktwirtschaftlich erfolgen.

Lassen Sie uns dazu auch nach der Bundestagswahl im Gespräch bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Dr. Volker Wissing
Generalsekretär

Freie Demokratische Partei
Hans-Dietrich-Genscher-Haus
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin